



Grüne Zeitung

für Westerstede, Apen und Augustfehn

Sonderausgabe zur Bundestagswahl - September 2013

Liebe Leserinnen und Leser!

Am 22. September wählen wir den neuen Bundestag. Seit Wochen sind wir Grünen unterwegs, diskutieren, versuchen zu überzeugen, werben für den Wandel in Berlin.

Es geht dabei um mehr als nur Gesichter. Es geht um einen grundsätzlich anderen Anspruch an Politik. Ein „Weiter so“ mit Merkel und Rößler bedeutet die Fortsetzung einer einseitigen Vertretung für die Interessen großer Konzerne und Banken. Es bedeutet den Fortgang der Spaltung der Gesellschaft, der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, es steht für Beton und die zunehmende Macht internationaler Konzerne.

Wir wollen ein anderes Land und laden Sie herzlich ein, mit uns zu streiten und zu gestalten. Helfen Sie mit, diese Republik wieder bunter, weltoffener, ökologischer und gerechter zu gestalten.

Veränderungen brauchen neue Mehrheiten und den Mut, auch mal unbequeme Dinge zu sagen und zu tun.

Davon mehr in diesem Heft. Lesen Sie, was Peter Meiwald antreibt und uns vor Ort so umtreibt.

Gehen Sie am 22. September zur Wahl und wählen Sie zweimal grün: mit Ihrer Erststimme für Peter Meiwald als unserem Westersteder Direktkandidaten und mit der Zweitstimme Bündnis 90/Die Grünen für eine starke grüne Fraktion in Berlin!

Jochen Gertjejanßen

Neun knallgrüne Gründe, GRÜN zu wählen:

Im Juni 2013 bestimmten wir GRÜNEN in einem bundesweiten Mitgliederentscheid, welche neun Projekte wir im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl als erstes anpacken wollen.

Es wurde online argumentiert, überall geworben und zuletzt in über 330 Kreisverbänden auf Veranstaltungen gemeinsam abgestimmt. Wieder einmal haben wir gezeigt: GRÜNE Basisdemokratie lebt.

- Die Massentierhaltung beenden – ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte Haltung
- Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität

Unsere Prioritäten zum Thema „Gerechtigkeit“:

- Niedriglöhne abschaffen – einen allgemeinen Mindestlohn einführen
- Zwei-Klassen-Medizin abschaffen – EINE Bürgerversicherung für alle

- Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für die Banken

Unsere Prioritäten zum Thema „Moderne Gesellschaft“:

- Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein Rüstungsexportgesetz beschließen
- Das Betreuungsgeld abschaffen – gute Kita-Plätze besser ausbauen
 - Rechtsextremismus entschieden entgegen treten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern

Dinge übrigens, die von Merkel und Rößler seit Jahren verpennt und zum Teil sogar massiv verhindert werden.

Ambitionierte Ziele, sagen Sie? Ja.

Aber: Gemeinsam können wir es schaffen!

Peter Meiwald



Unsere Prioritäten zum Thema „Umwelt und Klima“:

- 100 % Erneuerbare Energien – für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand

LOKALES

Jaspers-Hochkamp-Stiftung – wie sieht es aktuell aus?

Nur weil Politik, Stiftung und Verwaltung bislang kein tragfähiges und mehrheitsfähiges Konzept vorlegen konnten, durften bestandserhaltende Renovierungen an den Gebäuden nicht länger hinausgeschoben werden. Erste Auftragsvergaben sind somit erfolgt, die Aussaat einer Pflanzenwiese und Erdarbeiten im Außenbereich werden folgen.

Um so wichtiger, dass nun am Konzept weiter gearbeitet wird. Es mangelt ja nicht an guten Ideen: durch Mieteinnahmen für das Stadtarchiv, Trauzimmer, Privatwohnung und möglicherweise weitere Verwaltungsämter, könnten Defizite verringert werden. Auch die mögliche Etablierung kultureller Veranstaltungen auf den Jaspershof könnten diesem Zweck dienen und eine Win-Win-Situation für die Stadt und die JHS entstehen lassen.

Grundsätzlich ist ja für Investitionen genug Kapital durch den Verkauf der Grundstücke vorhanden. Doch alle bisherigen Planungen wiesen derart hohe laufende Kosten auf, dass dauerhaft keine schwarzen Zahlen realisierbar sind. Mittlerweile hängt eigentlich kaum noch jemand an den alten, völlig utopischen Plänen.

Und ein grundsätzliches Problem bleibt bestehen: es gibt keine echte Vision, was Bürger und Stadt mit diesem schönen Erbe zum Nutzen möglichst vieler anfangen wollen: Bürgerpark, Gartenkulturzentrum, „Public Gardening“, Garten-Gastronomie, Kulturzentrum mit Kino, ... viele gute Ansätze, aber kein umfassendes Konzept.

Deswegen schlagen wir GRÜNEN die Einberufung eines Bürgerforums vor, um gemeinsam mit unseren BürgerInnen herauszufinden, welche Vorschläge es noch gibt, bevor Stiftungsrat, Verwaltung und Politik in einem neuen Workshop die weitere Planung angehen.

Esther Welter, Peter Meiwald

Kulturförderung

Die Kulturförderrichtlinien der Stadt Westerstede aus dem Jahr 1997 hatten schon reichlich Staub angesetzt und waren längst nicht mehr auf dem neuesten Stand. Dies wurde von den meisten Mitgliedern des Kulturausschuss zunächst nicht so gesehen. Alles solle beim Alten bleiben, das habe sich schließlich so bewährt.

Wir GRÜNE fanden eine Überarbeitung allerdings notwendig und haben einen Antrag dazu erstellt. Dieser fand nicht vollständig die Zustimmung der anderen Fraktionen, weshalb die Verwaltung beauftragt wurde, einen eigenen Entwurf zu erstellen und die alten Richtlinien zur Kulturförderung zu überarbeiten.

Dieser Verwaltungsvorschlag ist eine deutliche Verbesserung in Form und Umfang gegenüber den alten Richtlinien. Auch wurde unser Vorschlag aufgenommen, das Kulturleitbild als Grundlegungskriterium für eine Förderung, mit einzubeziehen.

Unsere Forderung, neben der Musikschule und den Chören, weitere kulturelle Einrichtungen in eine institutionelle Förderung mit aufzunehmen, fand leider keine Mehrheit. Auch der Vorschlag, seitens der Verwaltung ein Antragsformular zu erstellen, welches zum Herunterladen auf der Homepage der Stadt erscheinen könnte, wurde als „nicht hilfreich“ empfunden und von den anderen Fraktionen nicht unterstützt.



Kulturelle Vielfalt und kulturelles Leben sind Bindeglied einer Gemeinschaft und fördern den sozialen Zusammenhalt und so ist es erfreulich, dass unser Vorschlag auf Anschubfinanzierung neuer innovativer Projekte, speziell auch im Kinder- und Jugendbereich, in die neuen Grundlagen der städtischen Kulturförderung zumindest in Teilen aufgenommen wurde.

Esther Welter

Das Interview

Peter Meiwald zu den aktuellen politischen Themen

Grüne Zeitung: Peter, Du arbeitest seit vielen Jahren vor Ort für die Energiewende. CDU und FDP behaupten nun, die EEG-Umlage steigt zu stark an und macht Strom für die Menschen zu teuer. Stimmt das?

Vorweg: dass die Kritik an den sozialen Problemen mit den Energiewendekosten gerade von Merkels Regierung aus CDU und FDP kommt, die seit Jahren Mindestlöhne und angemessene Hartz IV-Sätze verweigern und erfolgreiche Unternehmen von ihrer Lastenübernahme der Energiewendekosten freistellen, ist schon perfide und verlogen.

Als GRÜNER stehe ich klar für eine beschleunigte Energiewende hin zu 100 % Erneuerbaren Energien beim Strom bis 2030. Bei allen Umstellungskosten, die derzeit sicher nicht gerecht zwischen Energieversorgern, Großverbrauchern und Haushaltskunden verteilt sind, sollten wir aber einige Fakten nicht übersehen:

Der Börsenstrompreis sinkt kontinuierlich durch die Erneuerbaren, so dass wir durch die Energiewende für langfristig bezahlbaren Strom sorgen.

Die Kosten für unsere Gesellschaft, aber auch für die einzelnen Menschen, wären ohne Energiewende schon jetzt deutlich höher. Die Preise für Heizgas oder Benzin – ohne Erneuerbare – sind in den letzten Jahren deutlich mehr gestiegen als die

Strompreise, und die Folgekosten der Klimaveränderungen sorgen schon jetzt für große Schäden z.B. durch Überschwemmungen, die wir als SteuerzahlerInnen oder über unsere Versicherungsbeiträge zu bezahlen haben.

Außerdem sorgt die Energiewende für qualifizierte Arbeitsplätze in Handwerk und Industrie, die aktuell gerade durch die Merkel-Regierung massiv gefährdet wurden.

Klar ist aber auch, dass wir als Politiker jetzt stark gefordert sind, die notwendigen Rahmenbedingungen für das weitere Gelingen der Energiewende zu gestalten. Hierbei geht es um Versorgungssicherheit in stabilen Netzen und eine sozial gerechte Verteilung der Kosten. Stichworte hierzu sind „Netzentlastung durch Steigerung des Eigenverbrauchs mit dezentralen Speichern“ und eine „gerechtere Umgestaltung von EEG-Umlage und Netzentgelten“. Darüber hinaus muss die neue Bundesregierung endlich über einen Masterplan dafür sorgen, dass dezentrale Stromerzeugung und Netzausbau zusammen betrachtet und optimiert werden. Von den Energieversorgern dürfen wir erwarten, dass sie die deutlich niedrigeren Stromeinkaufspreise schnellstmöglich an ihre KundInnen weitergeben.

Eins noch ist mir wichtig: die Energiewende ist viel mehr als eine andere Stromerzeugung – wir brauchen genau

IHR KANDIDAT FÜR OLDENBURG / AMMERLAND

PETER MEIWALD
NATÜRLICH GRÜN

www.peter-meiwald.de

UND
DU?

so nötig eine neue Bewegung zum Energiesparen. Technisch ist einiges über effizientere Geräte möglich, aber letztlich sollten wir alle auch kritisch hinterfragen, ob wir wirklich all das brauchen, wofür wir Energie aufwenden, oder ob nicht weniger manchmal auch mehr - an Lebensqualität – bedeuten kann.

Und zur Energiewende gehört natürlich auch eine Mobilitätswende hin zu Fahrrad, Bus und Eisenbahn und eine Agrarwende, denn die Landwirtschaft trägt u.a. mit ihrem Energiehunger für Kunstdüngerproduktion und Futtermitteltransporte erheblich zum Klimawandel bei.

Grüne Zeitung: Manche Medien suggerieren den Menschen, dass die grünen Steuerpläne zu einer großen Belastung für sie werden. Ist das so?

Nein, natürlich nicht! Unser Steuerkonzept möchte endlich zu einer gerechteren Lastenverteilung innerhalb unserer Gesellschaft, aber auch zwischen dieser und den kommenden Generationen beitragen. Deshalb werden alle Haushalte mit einem Bruttoeinkommen



ABWAHLKALENDER.DE

Alle Info´s auch unter: www.gruene-wst.de und www.gruene-apen.de

bis 60.000 €/Jahr – das sind immerhin 90 % der Bevölkerung – durch unser Konzept weniger Steuern zahlen als bisher. Höhere Steuern fallen demnach nur für lediglich 10 % der Bevölkerung an. Aus unserer Sicht sind das auch die Menschen, die in der Lage sind, diese Mehrbelastung zu verkraften.

Die Allgemeinheit – und das sind insbesondere die Millionen LohnsteuerzahlerInnen in unserem Land – hat in den letzten Jahren viel zur Sicherung der Banken in Deutschland und Europa und damit auch zur Sicherung des Vermögens vieler Reicher beigetragen. Dieses „gerettete“ Kapital soll nun über eine moderate Vermögensabgabe von 1,5 % über 10 Jahre zur Finanzierung von jährlich 10 Mrd. € Schuldenabbau herangezogen werden. Dies halte ich für sehr angemessen, zumal eine Substanzbesteuerung von Unternehmenswerten explizit ausgeschlossen ist.

Und auch die geplante Kürzung von unnötigen Staatsausgaben wie dem Betreuungsgeld oder fehlsteuernden Subventionen wie z.B. dem „Dienstwagenprivileg“ halten wir für nachvollziehbar und sozial gerecht.

Wichtig ist aber vor allem, wofür wir das alles tun. Wir wollen als Staat nicht mehr wie unter Frau Merkels Regierung von der Substanz leben, sondern unsere Gesellschaft für die Zukunft fit machen. Deswegen wollen wir 10 Mrd. € in KiTas, Ganztagschulen und Hochschulen investieren, 3,5 Mrd. € in Energiewende und Klimaschutz und weitere 6 Mrd. € in eine Kindergrundsicherung, einen verfassungsfesten ALG II-Satz und eine Garantierente als Schutz vor Altersarmut stecken.

Grüne Zeitung: Du bist seit mehr als 10 Jahren einer der aktivsten Kämpfer gegen die Küstenautobahn A22/A20. Nun gibt es eine rot-grüne Landesregierung und das Projekt wird immer noch nicht gestoppt. Enttäuscht Dich das nicht?

Ehrlich gesagt, etwas enttäuscht bin ich schon, weil wir uns in den Grundsätzen „Erhalt vor Neubau“ und „Verlagerung von der Straßen auf die Schiene“ mit der SPD einig sind. Da ist es auch für mich schwer nachvollziehbar, warum die Koalition in Hannover nicht endlich einen Schlusstrich unter die Vergeudung von Steuergeldern durch das Festhalten an der Planung für eine Autobahn zieht, von der wir im Grunde wissen, dass sie nicht nur verkehrlich überflüssig und ökologisch unverantwortbar ist, sondern auf Dauer auch nicht finanzierbar sein wird.

Immerhin haben wir GRÜNEN in den Koalitionsverhandlungen eine Kürzung der Planungsgelder, einen Finanzierungsvorbehalt und eine erneute Überprüfung des Projektes vor den endgültigen Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan 2015 erreichen können. Um hier dann endlich zur Beerdigung der A 20 zu gelangen, wird es nötig sein, weiterhin gemeinsam mit den vielen engagierten Bürgeriniti-



Peter Meiwald
Direktkandidat für Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis Oldenburg/Ammerland

„Als Ihr/Euer Mitbürger mit einiger Lebenserfahrung in anderen Teilen Deutschlands und in Rwanda lebe ich seit mehr als 15 Jahren wieder im "Oldenburgischen", seit 2000 in Moorburg im schönen Ammerland. Ich habe Sozialpädagogik studiert, 20 Jahre in der Jugendhilfe gearbeitet, davon die letzten 13 Jahre im eigenen Betrieb, neben meinen eigenen 4 Kindern viele weitere Kinder in Wohngruppen großgezogen und bin seit 1998 bei den GRÜNEN hier vor Ort aktiv.“

ativen und Umweltverbänden Überzeugungsarbeit zu leisten, bis sich die besseren Argumente endlich durchsetzen.

Grüne Zeitung: Rot-Grün in Hannover hat mit viel Schwung eine neue Landwirtschaftspolitik eingeläutet. Trotzdem gibt es auch im Ammerland noch Anträge für immer größere Tierställe. Was muss sich noch ändern?

In der Tat hat die rot-grüne Landesregierung in der Landwirtschaftspolitik dafür gesorgt, dass der überwiegende Bevölkerungswunsch nach gesunden Lebensmitteln, artgerechter Viehhaltung und intakter Umwelt endlich auch die Politik



Alle Info´s auch unter: www.gruene-wst.de und www.gruene-apen.de

bestimmt. Erfolge gibt es bereits bei der Gülleausbringung, dem Bienenschutz, beim Schnäbelkürzen von Legehennen oder bei der Förderung der Umstellung auf Ökolandbau. Weitere Veränderungen z.B. bei der Verteilung der EU-Fördergelder zugunsten kleiner bäuerlicher Betriebe und der Gründlanderhaltung oder den Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen sind in Arbeit.

Doch eine wesentliche Frage kann nicht von Niedersachsen aus geregelt werden, sondern da werde ich dann in Berlin gefordert sein: die Privilegierung von Großanlagen der Massentierhaltung im Baurecht muss auf Bundesebene beendet werden.

Nötig ist eine Weiterentwicklung des Baurechts, so dass Planungsgrundlagen für die übergroßen (z.B. über 600 Kühe, 1500 Mastschweine oder 15000 Legehennen), aber landwirtschaftlich privilegierten Intensivtierhaltungsanlagen (§35 Absatz 1 Nr. 1 BauGB) geschaffen werden, um Städten und Gemeinden endlich Möglichkeiten zur Steuerung zu geben. Dazu ist der §201 BauGB wieder (wie bis 2004) so zu definieren, dass nicht nur das Futter überwiegend (also über 50 Prozent) auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann, sondern auch tatsächlich zur Verfütterung im Betrieb verwendet werden muss.

Wir GRÜNE stehen für eine bäuerliche, flächengebundene und ökologisch vertretbare Tierhaltung und hoffen, dass dies letztendlich von den KundInnen beim Fleischeinkauf auch honoriert wird.

GZ

Anders wirtschaften !

Die einseitige Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als Kriterium für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg ist nicht länger hinnehmbar. In dieser Kennzahl werden z.B. soziale Sicherheit, gute Bildung oder eine intakte Umwelt überhaupt nicht erfasst.

Hohe Unfallzahlen oder ein verschwenderischer Ressourcenver-

Alle Info´s auch unter: www.gruene-wst.de und www.gruene-apen.de

brauch mit einhergehender Umweltzerstörung erhöhen das Wachstum, sind aber höchst schädlich für Wohlstand und Lebensqualität. Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des BIP, ist deshalb kein ausreichendes Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele.

Wir brauchen neue Indikatoren, die neben den ökonomischen Aspekten auch den ökologischen und sozialen Zustand unseres Landes abbilden. Im Rahmen der von uns GRÜNEN angestoßenen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ haben wir einen neuen Wohlstandsindikator erarbeitet. Er bemisst Wohlstand an der Lebensqualität aller Menschen und dem Zustand unserer Umwelt, indem er u.a. den ökologischen Fußabdruck als Maß für den Ressourcenverbrauch mit einbezieht.

Die Frage nach der Bedeutung des Wirtschaftswachstums stellt sich aber auch langfristig. Wenn das Wachstum ausbleibt, drohen gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Rezessionen lassen die Arbeitslosigkeit ansteigen, üben Druck auf die Sozialsysteme aus und führen zu einer höheren Staatsverschuldung. Wir müssen uns vor diesem Hintergrund die Frage stellen, wie wir mit stetig sinkenden Wachstumsraten umgehen, wie sie in der industrialisierten Welt seit Jahrzehnten erzielt werden.

Wir wollen die Wachstumsabhängigkeit unserer Wirtschaft langfristig reduzieren. Die Diskussion um die richtigen Mittel dazu wurde von uns bereits in der Enquete angestoßen und sollte im parlamentarischen Raum in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und den Kräften der Zivilgesellschaft weitergeführt werden.



Peter Meiwald setzt sich dafür ein, dass ...

- grünes Wirtschaften voran gebracht wird, in Industrie und Dienstleistungen, in der Bundesrepublik, in Europa und der Welt – und so Arbeit und Einkommen gerechter verteilt werden.
- die Finanzmärkte wirksam reguliert werden, damit sie wieder im Dienst von Mensch und Unternehmen stehen. „Mensch vor Bank“ – das muss gelten, nicht andersherum.
- Innovation gefördert wird. GRÜNE Politik hat keine Scheu vor der Auseinandersetzung mit großen Playern und will faire Wettbewerbsbedingungen.
- Europa demokratischer und solidarischer wird, in dem die Reformlasten nicht bei den Ärmsten abgeladen werden.
- Politik die Lebensqualität der Menschen heute und morgen im Blick hat und auf solidarische Ökonomie setzt statt auf einen veralteten Wachstumsgedanken.

Peter Meiwald

Düt un datt

Westerstede – Gesundheitsstadt im „GRÜNEN“??

Seit ein paar Jahren wundern wir uns, dass so viele Bäume im öffentlichen Bereich und an den Straßen ersatzlos gefällt werden. O.k. – ein Baum der nicht mehr standsicher ist, muss weichen - Sicherheit für die Menschen geht eindeutig vor.

Trotzdem sollte aber – um ein GRÜNES Bild für die Gesundheitsstadt zu erhalten – jeder gefällte Baum durch einen jungen Baum ersetzt werden.

Leider wurde in der Vergangenheit kein ausreichender Etat für diese Ersatzpflanzung von Bäumen im Haushalt der Stadt vorgesehen. Bisher standen dem Bauhof nur die Mittel für etwa 30 Bäume je Jahr zur Verfügung. Dem stehen aber in jedem Jahr etwa 50 gefällte Bäume gegenüber.

Damit dies nicht so weiter geht und das GRÜN schleichend aus Westerstede verschwindet hat die Ratsfraktion der GRÜNEN den Antrag gestellt, dass der Etat zur Nachpflanzung von Bäumen aufgestockt werden soll. Für ALLE Bäume, die gefällt werden, sollen neue Bäume gepflanzt werden, zusätzlich soll der Etat um 10% aufgestockt werden, um die Verluste an Bäumen aus den Vorjahren wieder auszugleichen.

Wir hoffen so, das Westerstede auch in Zukunft mit Recht „Gesundheitsstadt im GRÜNEN“ genannt werden kann.

Christel Ahlers

Pflegenotstand in Westerstede?

Immer wieder rauschen Gerüchte über neue Planungen von Pflegeheimen durch Westerstede. Es gäbe zu wenig Pflegeplätze, heisst es. Die grüne Ratsfraktion hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und mit den lokalen Akteuren vor Ort das Gespräch gesucht. Fakt ist: wir haben mit dem Altenzentrum an der Grüne Straße und den zahlreichen ambulanten Dienstleistern, die auch mit dem Hospiz- und Palliativdiens- Alle Info´s auch unter: www.gruene-wst.de und www.gruene-apen.de

ten kooperieren ein starkes Netzwerk für stationäre und ambulante Pflegeangebote.

Dies wollen wir stärken. Eine Notwendigkeit für Neuplanungen sehen wir derzeit nicht. Wenn zusätzliche stationäre Plätze nötig werden, dann ist die Erweiterung der vorhandenen Einrichtungen als erste Option zu prüfen.

Wie für viele andere kommunale (Fehl)-Entscheidungen der vergangenen Jahre gilt auch hier: erst seriöse Bedarfsermittlung, dann Planung. Immer nur kritiklos jedem Investorenwunsch zu folgen, bringt unsere Stadt nicht weiter.

Jochen Gertjejanßen

Kühe auf der Weide – bald ein Bild mit Seltenheitswert?

Früher sah man Schweine noch auf der Weide – jetzt können unsere Kinder sich das nicht mehr vorstellen... Im Zuge immer größer werdender Bestände verschwanden die Schweine hinter den Stallmauern.

Wenn die Entwicklung in der Rindviehhaltung weitergeht wie bisher – werden wir schlimmstenfalls bald auch keine Kühe mehr auf der Weide finden.

Die Tendenz geht zu immer größeren Betrieben. Ställe mit mehr als 600 Kühen wie in Apen oder Rastede beantragt, werden immer häufiger zu finden sein. Bei Ställen dieser Größe kann der Landwirt die Kühe nicht mehr regelmäßig auf die Weide lassen – da der Boden rund um die Ställe dies nicht aushalten würde.



Wenn nach einem Regenschauer – 600 Tiere an derselben Stelle über nicht betonierten Boden laufen, dann versinkt nicht nur die letzte Kuh bis an den Bauch im Schlamm.

Dies ist nur einer der vielen Gründe warum dann die Kühe nicht mehr auf die Weide kommen werden. – Also – folgen wir dem Tipp des schreibenden Landwirtes Matthias Stührwoldt und fotografieren Kühe auf der Weide für die Enkel. Dann kann man später sagen: „es gab mal Weiden mit Kühen darauf“

Doch die Tendenz zu immer größeren Stallanlagen, die nach der Massentierhaltung von Puten, Hühnern und Schweinen immer mehr auch die Milchviehhaltung ergreift und auch viele betroffene Landwirte mit Sorgen erfüllt, wirft eine Reihe Fragen auf:

- wer braucht diese zusätzlichen Milchmassen oder werden andere, kleinere bäuerliche Milchviehbetriebe verdrängt?
- wie soll unser Grundwasser die zu erwartenden enormen Güllemengen verkraften?
- woher stammt das Trinkwasser für die vielen Tiere?

- welche Verantwortung für diese Veränderungen unserer bäuerlich geprägten Landwirtschaft hin zu gewerblicher Lebensmittelproduktion liegt auch bei uns Konsumentinnen und Konsumenten, die vielfach billiges Fleisch und billige Milchprodukte beim Discounter suchen?

Ziel muss stattdessen die Erzeugung qualitativ hochwertiger, gesunder Lebensmittel im Einklang mit der Natur durch unsere Landwirte sein. Durch gezielte Umschichtung von EU-Fördergeldern hin zu einer Fokussierung auf ökologischen Umbau, Grünlandförderung und gestaffelte Flächenprämien will die Landesregierung hier endlich umsteuern, so dass es sich wieder lohnen soll, Tiere artgerecht zu halten und den Boden schonend mit entsprechenden Fruchtfolgen zu bewirtschaften.



Um kommunal endlich wieder Planungsmöglichkeiten im Umgang mit den bisher im Außenbereich privilegierten Stallbauprojekten zu bekommen, muss aber auch die Bundespolitik über das Baurecht tätig werden. Zum Beispiel muss die Genehmigung eines Stalls wieder davon abhängig gemacht werden, dass der Landwirt das Futter überwiegend auf seinen Hofflächen erzeugt und die Tierdichte in der Region nicht bereits höher ist als die Natur es verkraften kann. Einen entsprechenden Vorstoß der GRÜNEN Bundestagsfraktion haben CDU und FDP im April diesen Jahres leider mit ihrer Mehrheit abgelehnt.

Alle Info´s auch unter: www.gruene-wst.de und www.gruene-apen.de

Schwer erkennbar ist hier der Nutzen für die vielen Landwirte auf ihren Familienbetrieben...

Ein Schelm – wer dabei an Lobbyisten denkt...

Christel Ahlers

Fukushima – weit weg und aus den Schlagzeilen verschwunden – aber aktueller denn je...

„Leck in Fukushima gefährlicher als gedacht“ war in der NWZ vom 29.08.13 zu lesen. 300 Tonnen verstrahltes Kühlwasser sind jetzt aktuell in dem am 11. März 2011 zerstörten Atomkraftwerk in Fukushima ausgelaufen. Von den zuständigen Stellen wurde das Problem lange verharmlost. Jetzt hat die japanische Regierung die Gefährlichkeit hochgestuft.

Aber was nützt es den Japanern und allen anderen Bewohnern unserer Erde? Was nützt es uns wenn die Gefahr benannt wird? Niemand weiß so recht, wo das Leck ist und welche Folgen dadurch auf Dauer entstehen. Welche strahlenden Atome durch Wasser oder Luft auf dieser Erde verteilt werden – niemand kann es sagen...

Sicher ist jedoch, dass die Halbwertszeit der strahlenden Atome viele tausend Jahre beträgt.

Hätten die alten Ägypter uns ein zerstörtes Atomkraftwerk hinterlassen (wir modernen Menschen haben in 25 Jahren schon zwei Atomkraftwerke zerstört...), dann hätten wir jetzt noch an den Folgen zu leiden. Auch unsere Kinder und Enkel und viele folgende Generationen würden die Auswirkungen noch spüren.

Wären seit Tschernobyl alle Investitionen und Forschungsgelder, die in Atom- und Kohlekraftnutzung gesteckt wurden, in die Entwicklung der regenerativen Energien und entsprechende Speichertechnologien geflossen, könnten wir sicherlich bereits heute nicht nur die Atomkraftwerke sondern auch die klimaschädlichen Kohlekraftwerke abschalten.

Atomstrom ist nur deshalb angeblich noch so günstig, weil niemand ein Atomkraftwerk versichern muss. Keine Versicherung dieser Welt

übernimmt eine derartige Last mit einem so unkalkulierbaren Risiko. Auch die immer noch völlig unklare Atommüllentsorgung taucht in den Preisen bislang nicht auf.



Die Betreiber der Atomkraftwerke verlassen sich darauf, dass die Allgemeinheit schon einspringen wird... und sie werden von der jetzigen Bundesregierung nicht in die Pflicht genommen. Abgerechnet wird zum Schluss und diese Rechnung könnte uns am Ende ziemlich teuer zu stehen kommen.

Eine Bundesregierung mit den GRÜNEN wird sich für einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen und die Energiewende, die weiterhin von einer breiten Bevölkerungsmehrheit gewollt wird, zügig weiter entwickeln

Es wird allerhöchste Zeit, dass ALLE Atomkraftwerke stillgelegt werden.

Christel Ahlers

Bienen – eine aussterbende Art?

Im Bayr. Landwirtschaftl. Wochenblatt vom 10.05.2013 war zu lesen, dass es in China schon in einigen Gegenden keine Bienen mehr gibt. Inzwischen werden Arbeiter auf die Bäume geschickt, um die Bestäubung der Blüten mit Pinseln vorzunehmen. Die Lösung – aus der Sicht der Chinesen – scheint eine Entwicklung der Harvard School of Engineering and Applied Science zu sein. Dort wird eine RoboBee entwickelt – etwa halb so groß wie eine Büroklammer. Die Wissenschaftler haben bereits 10 Jahre an dem Roboter-Insekt gearbeitet und beabsichtigen, es für Umweltüberwa-

chung, Such- und Rettungseinsätze und zur Blütenbestäubung einzusetzen.

Auch bei uns gibt es immer weniger Bienen. Dieses Bienensterben hat sicherlich viele unterschiedliche Ursachen. Es gibt einige Bienenkrankheiten, immer noch werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt, die Bienen vergiften, und das Nahrungsangebot für Bienen wird immer geringer.

All diese Faktoren spielen zusammen und haben nicht geringe Auswirkungen auf die Bienen und ihre Bedeutung für unsere Ernährung – bei der Bestäubung der Blüten.

Es heisst, dass die Menschen verhungern werden – etwa fünf Jahre nachdem die Bienen ausgestorben sind.

Zurzeit werden an vielen Ackerflächen kleine Blühstreifen angelegt. Dieser Einsatz der Landwirtschaft ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Dennoch braucht es viel mehr um die Bienen zu retten. Eine vielfältige Fruchtfolge ist zusätzlich zu den Blühstreifen erforderlich, um den Bienen ein ausreichendes Nahrungsangebot zu bieten. Wenn die meisten Ackerflächen mit Mais bewachsen sind, haben die Bienen nur in den schmalen Blühstreifen etwas Nahrung. Sicher blüht der Mais auch mal – aber riesige Flächen zur gleichen Zeit... und außerhalb dieser Zeit gibt es für die Bienen zu wenig.

Wenn wir nicht in Zukunft unsere Blüten – wie die Chinesen – selbst bestäuben wollen, müssen wir möglichst schnell für die Landwirtschaft Anreize schaffen, eine vielfältige Fruchtfolge wieder einzuführen.

Dies wäre nicht nur für die Bienen gut, sondern würde auch die Bodenfruchtbarkeit für kommende Generationen erhalten.

Peter Meiwald wird sich in Berlin für die bäuerliche Landwirtschaft einsetzen, die darauf abzielt, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass mit einem Familienbetrieb ohne immer größer zu werden, ein vernünftiges Einkommen zu erzielen ist. Mit dem bisherigen Weg: „Wachsen oder Weichen“ muss endlich Schluss sein.

Christel Ahlers

GRÜN trainiert ab sofort für die nächste Stadtolympiade

Mitmachen ausdrücklich erwünscht!

Nach der sehr erfolgreichen Stadtolympiade im vergangenen Juni und der Sommerpause nimmt das Team GRÜNES WUNDER von Bündnis 90/Die Grünen den noch anhaltenden Schwung wieder auf, um sich auf die kommende Stadtolympiade vorzubereiten. "Wir erwarten eine ähnlich gute Resonanz seitens der WesterstederInnen wie in den Monaten vor dem letzten Wettkampf. Alle Interessierten sind zu diesem auf Ausdauer, Nachhaltigkeit und Geselligkeit ausgerichteten Training herzlich eingeladen.", so Petra Fuhr und Stefan Töpfel, GRÜNE Organisatoren.

Wöchentlich Montags findet das wechselnde Trainingsprogramm auf der Hössensportanlage statt. Derzeit um 20.00 Uhr, im Herbst dann etwas früher. "Ehrgeiziges Ziel ist eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von wenigstens 15 Hobbysportlern, gesehen auf zwei Jahre".

Wie in unserer Kommunalpolitik setzen wir auch hier auf Nachhaltigkeit und eure Unterstützung – egal für welches Team ihr letztlich starten wollt.

Stefan Töpfel



Verschwitz, aber glücklich (diesmal nicht letzter zu sein ...): das Team GRÜNES WUNDER

Impressum und Kontakt:

Herausgeber & V.i.S.d.P.:
Bündnis 90/Die Grünen, c/o Jochen Gertjeanssen, Seggerner Straße 15, Westerstede

Spendenkonto: OLB Westerstede (BLZ 28023224) Kto. 780 922 4400

Grüne Ratsfraktion
in Westerstede

Jochen Gertjeanssen

Seggerner Straße 15
26655 Seggern
04488-520500

jochen@gertjeanssen.de

Christel Ahlers

Brookstraße 9
26655 Lindern
04409-776

chr.ahlers@ewetel.net

Esther Welter

Alte Straße 32
26655 Halstrup
04488-2318

esther.welter78@ewetel.net

Peter Meiwald

(auch im Kreistag)
Leerer Straße 18
26655 Moorburg
04488-8604071

peter.meiwald@gruene-wst.de

Für Sie im Aper Rat:

Renate Brand

Steges Helgen 31
26689 Augustfehn I
04489 – 308321

inbraform@web.de

Für Sie im Kreistag

Jens Rowold

Buchenstr. 34, 26655 Ocholt, 04409-909350, jens.rowold@gruene-wst.de